

Zeitschrift: Schweizer Kunst = Art suisse = Arte svizzera = Swiss art
Herausgeber: Visarte Schweiz
Band: - (1931-1932)
Heft: 5

Artikel: Gutachten von Herrn Dr. R. Jagmetti über die
Unterstützungskasseangelegenheit Considération de Mr. R. Jagmetti,
Dr. en droit, concernant la caisse de secours des artistes suisses

Autor: A.D. [Übersetzer]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-624841>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Gutachten von Herrn Dr. R. Jagmetti über die Unterstützungskasseangelegenheit.

1. Die Generalversammlung der Unterstützungskasse vom 21. Juli 1928 hat beschlossen, die *Architekten* von der Beitragspflicht zu entbinden und die Gewährung von Unterstützung und Krankengeld für sie auszuschließen. In der Generalversammlung vom 6. Juli 1929 wurde beschlossen, daß Unterstützungen und Krankengeld nur Malern und Bildhauern, mit Ausschluß der Angehörigen des *Kunstgewerbes*, gewährt werden sollten. Das Reglement über die von der Unterstützungskasse für schweizerische bildende Künstler zu erhebenden Beiträge und die Leistungen der Kasse wurde entsprechend abgeändert.

Die Beschlüsse sind in durchaus rechtsgültiger Weise zu Stande gekommen. Sie stehen mit den Statuten der Unterstützungskasse im Einklang. Sie wären aber selbst dann gültig, wenn sie eine Änderung der bisherigen Statuten darstellten, da sie von der Generalversammlung, das heißt vom obersten Organ der Unterstützungskasse ausgehen und diesem obersten Organe des Vereins ohne weiteres das Recht zusteht, die Statuten zu revidieren. Ich verweise hiezu auch auf meine Ausführungen im Schreiben an Herrn Zentralsekretär Schuhmacher vom 17. Juni 1930.

Aber auch wenn die Beschlüsse mit den Statuten oder gar mit dem Gesetz nicht vereinbar gewesen wären, müßten sie als gültig und unanfechtbar betrachtet werden. Nach Art. 75 Z.G.B. können Vereinsbeschlüsse, die das Gesetz oder die Statuten verletzen, von jedem Mitgliede, das nicht zuge-

stimmt hat, binnen Monatsfrist, nachdem es von ihnen Kenntnis erhalten hat, gerichtlich angefochten werden. Den beiden in Frage stehenden Generalversammlungsbeschlüssen der Unterstützungskasse haben jedoch alle Mitglieder und insbesondere auch die G.S.M.B.A. durch ihre Delegierten zugestimmt, sodaß niemandem das Recht zugestanden hätte, diese Beschlüsse anzufechten. Auch wäre ja die Anfechtungsfrist von einem Monat schon längst abgelaufen.

An der Tatsache, daß *die beiden Beschlüsse der Unterstützungskasse rechtsgültig und unanfechtbar sind*, scheint heute niemand mehr zu zweifeln.

2. Sind durch diese Beschlüsse wohl-erworbene Rechte der Mitglieder der G.S.M.B.A. (Architekten und Kunstgewerber) verletzt worden? Auch zu dieser Frage habe ich schon in meinem Schreiben an Herrn Zentralsekretär Schuhmacher vom 17. Juni 1930 Stellung genommen und zwar in verneinendem Sinne.

Schon im Namen der Kasse kommt zum Ausdruck, daß Unterstützungen nur an „schweizerische bildende Künstler“ gewährt werden sollen. In Art. 2 und Art. 5 ist nur von der Unterstützung der „Künstler“ die Rede. Art. 4, Ziffer 3 spricht von „Ausstellungsverkäufen von Werken der einem Vereinsmitgliede angehörenden Künstler“ und Ziffer 4 des gleichen Artikels erwähnt ausdrücklich nur „Werke der bildenden Kunst“. Unter dem Ausdruck „bildende Künstler“ versteht man nur *Maler und Bildhauer*, Architekten und Kunstgewerber sind nicht „bildende

Künstler"; nach allgemeinem Sprachgebrauch fallen sie auch nicht unter den Begriff „Künstler“, obschon es natürlich Architekten und Kunstgewerber gibt, die in einem weitern Sinn des Wortes auch Künstler sind. Daß die Statuten der Unterstützungskasse nur Maler und Bildhauer erfassen wollten, ergibt sich mit aller Deutlichkeit aus Art. 5, Abs. 7, da die dort erwähnten Ausstellungen im allgemeinen nur Werke von Malern und Bildhauern umfassen.

Aus dem Inhalt und dem Wortlaut der Statuten gewinnt man somit die Überzeugung, daß die Unterstützungen nur an Maler und Bildhauer gewährt werden sollten, nicht aber auch an Architekten und Kunstgewerber. Diese Auffassung wird bestätigt durch den 16. Geschäftsbericht des Vorstandes der Unterstützungskasse für das Jahr 1929, wo es heißt: „Die Weisung ist auch historisch begründet, da bei der Errichtung der Kasse und in der Folge die Absicht und der Wille bestand, nur für *künstlerisch ausgewiesene Maler und Bildhauer* ein Werk zur Hilfe bei unverschuldeter ökonomischer Notlage zu errichten.“

Im Jahre 1916 beschloß die Generalversammlung der Kasse, auch von den *Architekten* Beiträge nach bestimmten Grundsätzen zu erheben. Dieser Beschluß fand auch seinen Niederschlag im Reglement der Unterstützungskasse, erwies sich dann aber in der Praxis undurchführbar. Gleichzeitig wurden die Architekten in den Kreis der zu unterstützenden Personen aufgenommen. Ein entsprechender Beschluß ist für die *Kunstgewerber* nie gefaßt worden. Die Kunstgewerber werden denn auch im Reglement der Unter-

stützungskasse, das mir in der Fassung vom 26. August 1924 vorliegt, mit keinem Worte erwähnt. Ob von Kunstgewerblern je Beiträge an die Kasse verlangt worden sind und erhältlich gemacht werden konnten, und ob Kunstgewerblern von der Kasse je Unterstützungen gewährt wurden, ist mir nicht bekannt. Auf jeden Fall sind Unterstützungen an Kunstgewerber weder in den Statuten noch im Reglement vorgesehen, weshalb sie rechtlich überhaupt nie zum Kreise der zu unterstützenden Personen gezählt haben. Schon daraus ergibt sich, daß „wohlerworbene Rechte“ der Kunstgewerber durch den Generalversammlungsbeschluß vom 6. Juli 1929 nicht haben verletzt werden können.

Nun ist aber noch darauf hinzuweisen, daß überhaupt *niemanden* ein eigentlicher „*Rechtsanspruch*“ auf *Unterstützung* durch die Kasse je zugestanden hat, also auch nicht den Malern, Bildhauern oder Architekten, und natürlich erst recht nicht den Kunstgewerblern. Art. 5, Abs. 3 der Statuten bestimmt ausdrücklich: „Ob und in welchem Umfange Unterstützung gewährt wird, entscheidet auf Grund eines vom leitenden Organ der zuständigen Körperschaft erstatteten Berichtes oder auf Grund eigener Erhebungen endgültig der Vorstand der Unterstützungskasse“.

Diese Bestimmung hat auch in das Reglement Aufnahme gefunden. Es geht klar daraus hervor, daß kein Mitglied einen Rechtsanspruch auf Unterstützung, ein Forderungsrecht gegenüber der Kasse hat. Niemand kann z. B. einen „Anspruch auf Unterstützung“ gegenüber der Kasse gerichtlich geltend machen. Alle Unterstützungen der Kasse sind rechtlich

freiwillige Leistungen. Die Kasse beschließt nach freiem Ermessen über die Gewährung oder Nichtgewährung der Unterstützungen. Wenn niemandem ein Rechtsanspruch auf Unterstützung zusteht, so kann natürlich durch einen Generalversammlungsbeschluß, der dem Vorstand die Weisung erteilt, bestimmte Kategorien von Personen bei der Gewährung von Unterstützungen nicht zu berücksichtigen, irgendwelches „wohlerworbene Recht“ nicht verletzt werden.

Etwas anderes ist die Rechtslage bezüglich des *Krankengeldes*. Denn das Reglement sagt: „Es besteht ein durch die Generalversammlung bis auf weiteres gewährter *Anspruch* auf Krankengeld für alle abgabepflichtigen Künstler. Damit ist ausgesprochen, daß hinsichtlich des Krankengeldes den beitragspflichtigen Künstlern ein Rechtsanspruch, ein klagbares Forderungsrecht eingeräumt worden ist. Aber eben nur „bis auf weiteres“. Das heißt, daß die Generalversammlung jederzeit diesen Anspruch auf Krankengeld wieder aufheben kann. Das hat sie gegenüber den Architekten durch den Beschluß vom 21. Juli 1928 getan. Den Kunstgewerber hat ein Rechtsanspruch auf Krankengeld überhaupt nie zugestanden, weil sie nie zu den abgabepflichtigen Künstlern gehörten. Durch den Beschluß vom 6. Juli 1929 ist ihnen also auch kein Anspruch genommen worden.

Aber selbst wenn die Kunstgewerber zu den anspruchsberechtigten Personen gehört hätten, so wäre ihr Anspruch auf Krankengeld kein „wohlerworbenes Recht“ gewesen, da er ihnen durch Generalversammlungsbeschluß jederzeit einseitig hätte entzogen werden können.

Aus allen diesen Ausführungen geht hervor, daß von einer Verletzung wohlerworbener Rechte der Architekten oder Kunstgewerber durch die beiden Generalversammlungsbeschlüsse vom 21. Juli 1928 und 6. Juli 1929 nicht gesprochen werden kann.

3. Damit erledigt sich auch die dritte Frage, nämlich ob den Mitgliedern der G. S. M. B. A. (Architekten oder Kunstgewerber) ein *Regreßrecht gegenüber ihrer Gesellschaft, gegenüber dem Zentralvorstand oder gegenüber den Delegierten* zusteht. Denn die erste Voraussetzung für einen solchen Regreßanspruch bestünde darin, daß die betreffenden Mitglieder einen *Schaden nachwiesen*. Eine Schädigung wäre aber durch die Beschlüsse nur eingetreten, wenn vorher für diese Mitglieder ein wirklicher Rechtsanspruch auf Unterstützung und Krankengeld bestanden und dessen Wegfall somit eine ökonomische Einbusse für sie dargestellt hätte. Nun ist oben dargelegt worden, daß ein Rechtsanspruch nur für die Architekten und auch bei diesen nur bezüglich des Krankengeldes bestand. Da sich aber die Kasse von jeher vorbehalten hatte, diesen Anspruch jederzeit einseitig wieder aufzuheben, so können die Architekten aus dessen Wegbedingung keinen Schadenersatz oder Regreßanspruch ableiten. Daß die Kunstgewerber keinen solchen Anspruch geltend machen können, ist nach dem Gesagten selbstverständlich.

Als weitere Voraussetzung für einen Schadenersatzanspruch müßte ein *Ver schulden* der handelnden Personen, d. h. des Zentralvorstandes oder der Delegierten nachgewiesen werden. Sodann müßte noch dargetan werden, daß diese Personen *widerrechtlich*, d. h.

entgegen dem Gesetz oder den Statuten gehandelt haben. Weder das eine noch das andere trifft zu. In Art. 18, Abs. 5 der Statuten der G. S. M. B. A. heißt es: „Im allgemeinen verwaltet er (der Zentralvorstand) die Geschäfte der Gesellschaft.“ Nach Art. 69, Z. G. B. hat der Vorstand eines Vereins das Recht und die Pflicht, nach den Befugnissen, die die Statuten ihm einräumen, die Angelegenheiten des Vereins zu besorgen und den Verein zu vertreten. Es ist anzunehmen, daß die Delegierten nach Instruktion des Zentralvorstandes gehandelt haben, als sie den beiden Generalversammlungsbeschlüssen zustimmten. Ein Verschulden oder eine Widerrechtlichkeit der Delegierten kommt schon deshalb nicht in Frage. Aber auch beim Zentralvorstand sind diese Voraussetzungen nicht gegeben. Denn er ist berechtigt und verpflichtet, die G. S. M. B. A. an der Generalversammlung der Unterstüt-

zungskasse zu vertreten oder vertreten zu lassen und kann dabei aus eigener Kompetenz handeln und stimmen, falls ihm von der Generalversammlung der G. S. M. B. A. nicht ausdrücklich besondere Weisungen und Aufträge erteilt worden sind, was hier nicht der Fall war. Bei seiner Stellungnahme muß der Zentralvorstand die Interessen der G. S. M. B. A. und ihrer Mitglieder, *aber auch die Interessen der Unterstützungskasse nach pflichtgemäßem Ermessen* wahren. Das hat er getan. Denn die wohlverstandenen Interessen der Unterstützungskasse und damit auch die Interessen der ihr angeschlossenen Verbände geboten die von den beiden Generalversammlungen nach reiflicher Prüfung durch den Vorstand der Unterstützungskasse gefaßten Beschlüsse. Es kann keine Rede davon sein, daß der Zentralvorstand durch Zustimmung zu diesen Beschlüssen schuldhaft oder widerrechtlich gehandelt habe.

Considération de Mr. R. Jagmetti, Dr. en droit, concernant la caisse de secours des artistes suisses.

1. L'Assemblée générale de la caisse de secours du 21 juillet 1928 a décidé d'affranchir les *architectes* de contributions à la caisse et de ne plus leur accorder ni secours ni indemnité de maladie. A l'Assemblée générale du 6 juillet 1929, il a été décidé de n'accorder des secours et des indemnités qu'aux peintres et sculpteurs, à l'exclusion des artisans d'art (Kunstgewerbler). Le „Règlement concernant les contributions à percevoir par la caisse de secours des artistes suisses et les prestations de cette caisse“ a été modifié dans ce sens.

Ces décisions sont intervenues d'une

manière juridiquement correctes. Elles sont conformes aux statuts de la caisse de secours. Elles seraient même valables si elles constituaient une modification des statuts, puisqu'elles émanent de l'Assemblée générale, soit de la plus haute instance de la caisse de secours qui est compétente pour réviser les statuts.

Dans le cas même où les décisions prises seraient contraires aux statuts ou à la loi, elles devraient être considérées comme valables et inattaquables. Suivant art. 75 C. C. S., „tout sociétaire est autorisé à attaquer en justice dans le mois à compter du jour

où il en a eu connaissance, les décisions auxquelles il n'a pas adhéré et qui violent des dispositions légales ou statutaires". Les deux décisions d'Assemblée générale en question ayant été votées par tous les membres, notamment par les délégués S.P.S.A.S., personne n'a le droit de les attaquer. Du reste le délai de recours d'un mois est écoulé depuis longtemps.

Il semble du reste que personne ne mette en doute la validité des deux décisions prises.

2. *Les droits de membres S.P.S.A.S. (architectes et artisans d'art) ont-ils été lésés par ces décisions?* J'ai déjà eu l'occasion de répondre négativement à cette question.

Le nom même de la caisse exprime que des secours ne doivent être accordés qu'à „*des artistes suisses*” (Beaux-Arts). Les art. 2 et 5 parlent d'aide „aux artistes”. L'art. 4 chiffre 3 parle „d'œuvres vendues à une exposition d'un *artiste*” membre de la société, et chiffre 4 du même article mentionne formellement „d'œuvres d'art”. Par *œuvre d'art*, on n'entend que la *peinture et la sculpture*. Les architectes et les artisans d'art ne font pas de l'art plastique; dans le langage courant ils ne sont pas non plus considérés comme étant des „artistes”, bien que parmi il s'en trouve qui soient des artistes dans un sens plus large du terme. Il ressort clairement de l'art. 5, al. 7 des statuts de la caisse de secours que ces secours ne doivent s'appliquer qu'aux seuls peintres et sculpteurs, puisque les expositions dont il est question n'embrassent en général que des œuvres de peintres et de sculpteurs.

L'esprit et le texte des statuts mènent à la conclusion que des secours ne

doivent être accordés qu'à des peintres et des sculpteurs et non pas à des architectes et des artisans d'art.

Cette conception est confirmée par le 16^e rapport de gestion de la caisse de secours pour l'exercice 1929 qui dit: „Cette consigne est d'ailleurs parfaitement motivée du point de vue historique car, lors de la constitution de la caisse, le projet bien défini et la volonté bien arrêtée des fondateurs étaient d'organiser une caisse de secours en faveur *des peintres et sculpteurs ayant prouvé leur valeur artistique* et qui se trouvent dans une situation précaire.”

En 1916 l'Assemblée générale décida de percevoir des cotisations, sur des bases déterminées, de la part des *architectes*. Il a été tenu compte de cette décision dans le règlement de la caisse de secours. Cette décision se révéla inapplicable par la suite. En même temps les architectes furent admis au nombre des personnes pouvant être secourues. Une décision analogue ne fut jamais prise pour les *artisans d'art*. Il n'est pas question de ceux-ci dans le règlement de la caisse de secours du 26 août 1924. Je n'ai pas connaissance qu'il ait jamais été perçu des contributions à la caisse de secours de la part d'artisans d'art et cette caisse ne leur a jamais alloué de secours. En tout cas des secours à des artisans d'art ne sont prévus ni aux statuts ni au règlement; aussi ceux-ci n'ont-ils juridiquement jamais été du nombre des personnes devant être secourues. D'où il ressort que des „droits acquis” par des artisans d'art ne sauraient être lésés par la décision de l'assemblée générale du 6 juillet 1929.

Il y lieu de mentionner en outre

que *personne*, pas même des peintres, sculpteurs et architectes (et par conséquent surtout pas des artisans d'art), n'a jamais eu un *droit juridique effectif* à des *secours* de la caisse, car l'art. 5 al. 3 des statuts dit textuellement: „L'attribution et le montant d'un secours sont décidés souverainement et sans aucun recours par le Comité de la Caisse de secours, sur le préavis de l'organe dirigeant de la corporation dont relève l'artiste ou après une enquête faite par le Comité lui-même.”

Cette disposition a été admise dans le règlement. Il ressort clairement de ce fait qu'aucun membre d'une corporation faisant partie de la Caisse de secours ne possède un droit juridique envers la caisse. Personne ne peut par exemple faire valoir juridiquement un tel droit. Tous les secours alloués par la caisse sont des prestations volontaires de celle-ci. Elle estime de son libre arbitre s'il y a lieu ou non d'allouer un secours. Dès l'instant où personne n'a un droit juridique à un secours, une décision d'assemblée générale prescrivant au Comité de ne pas mettre une catégorie bien déterminée de personnes au bénéfice d'un secours, ne saurait léser aucun „droit acquis”.

La situation juridique est différente pour les *indemnités en cas de maladie*. Le règlement dit: „Tout artiste contribuable a *droit* jusqu'à nouvel avis de l'Assemblée générale, à une indemnité en cas de maladie”. Ce qui signifie que pour l'indemnité en cas de maladie, il existe un droit juridique pour les artistes contribuables. Mais „jusqu'à nouvel avis” seulement. Ce qui veut dire que l'Assemblée générale a en tout temps la faculté de sup-

primer ce droit. C'est ce qu'elle a fait vis à vis des architectes par décision du 21 juillet 1928. Les artisans d'art n'ont jamais eu un droit à une indemnité en cas de maladie parcequ'ils n'ont jamais fait partie des artistes contribuables. Donc la décision du 6 juillet 1929 ne leur a pas non plus retiré ce droit.

Mais même si les artisans d'art avaient compté parmi les ayants-droit, ce droit ne leur aurait pas été acquis puisqu'il pouvait en tout temps leur être retiré par décision de l'Assemblée générale.

Il ressort de ce qui précède qu'il ne saurait être question d'une lésion de droits acquis de la part des architectes et artisans d'art, par les deux décisions d'Assemblée générale des 21 juillet 1928 et 6 juillet 1929.

3. La 3^e question est ainsi résolue, à savoir si les membres S. P. S. A. S. (architectes et artisans d'art) ont un droit de recours *envers leur société, le Comité central ou les délégués*. Car la première condition d'un tel droit serait que ces membres puissent *prouver un dommage*. Un dommage ne serait intervenu que si ces membres avaient eu et que la suppression de ce droit se fut traduite pour eux par une perte économique. Il a été établi plus haut qu'un droit n'avait existé que pour les architectes et ce seulement pour une indemnité en cas de maladie. Mais comme la caisse s'était réservé de pouvoir en tout temps révoquer ce droit, les architectes ne peuvent faire découler de cette révocation aucun droit de recours ou de dédommagement. Il va par conséquent de soi que les artisans d'art ne peuvent faire valoir un tel droit.

Une autre hypothèse pour justifier une demande de dédommagement serait une *faute* du Comité central ou des délégués, c'est à dire qu'il faudrait prouver qu'ils ont agi contrairement à la loi ou aux statuts, ce qui n'est pas le cas. L'art. 18 al. 5 des statuts de la S.P.S.A.S. dit: „D'une manière générale il (le Comité central) gère les affaires de la Société." Suivant art. 69 du C.C.S. le comité d'une société a le droit et le devoir de gérer les affaires de l'association et de la représenter en conformité des statuts. Il y a lieu de supposer que les délégués ont agi selon les instructions du Comité central lorsqu'ils votèrent les deux décisions d'Assemblée générale. Il ne peut donc être question d'une faute ou d'une illégalité de la part des délégués. Cette hypothèse n'existe pas non plus pour le Comité central car

il a le droit et le devoir de représenter la S.P.S.A.S. à l'assemblée générale de la caisse de secours et il est compétent pour agir et voter à moins que l'Assemblée générale S.P.S.A.S. ne lui ait donné des directives formelles, ce qui n'a pas été le cas ici. En prenant position le Comité central doit défendre les intérêts de la S.P.S.A.S. et de ses membres, *mais aussi ceux de la caisse de secours*; c'est ce qu'il a fait. Car les intérêts bien compris de la caisse de secours et par là ceux des corporations s'y rattachant impliquaient les décisions prises par les Assemblées générales, après un examen approfondi par le Comité de la caisse de secours. Il ne saurait être question d'une faute ou d'une illégalité commise par le Comité central en votant ces décisions.

(Traduction A. D.)

Ausstellungen und Kunstmarkt.

In einer Zeit, deren wirtschaftliche Krisenstimmung allgemach anfängt in das Leben auch des abseitigsten Zeitgenossen hineinzuwirken, kann es für den Künstler nicht ganz ohne jedes Interesse sein, wie die Zeitumstände sich auf seinen Lebenskreis auswirken. Und da ist nun zu sagen, daß diese Auswirkung wohl kaum zu den angenehmen Dingen gehören kann, wohl aber zu jenen hemmenden Elementen, welche sich nicht allein in der Sphäre künstlerischer Produktion bemerkbar machen, sondern auch in der allerpersönlichsten Sphäre jedes Einzelnen. Sie können ihn nahezu in die Situation des Schachspielers versetzen, der, einen guten Zug verpassend, damit sich un-

weigerlich in den sog. Zugszwang versetzt sieht, d.h. mit andern Worten, daß er nicht mehr frei über seine Züge verfügen kann, sondern notgedrungen in eine mehr oder weniger glücklich behauptete oder verlorene Defensivstellung verwiesen wird. Und dies ist nachgerade das Bild, das der Kampf der Künstler um bessere Lebensumstände oder auch nur um die Aufrechterhaltung des berechtigten „Lebens-Standardes" gerade in unserer verworrenen Zeit mehr als je bietet. Aber Künstler und Kunstfreunde suchen sich zur Wehr zu setzen, suchen zu retten, was noch zu retten ist. So mögen auch wohl die Bestrebungen erklärlich erscheinen, welche da und dort auftreten und welche den Sinn